

30. Januar 1933: Der Staatsterror beginnt.

Vor 80 Jahren begann auch in Sprockhövel die nationalsozialistische Gewaltherrschaft.

*„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“*

(Martin Niemöller)

Als Hitlers „Machtergreifung“ ging dieses Ereignis vor 80 Jahren in die Geschichte ein. Geschichtswissenschaftliche genauer war das, was am 30. Januar 1933 geschah, die *Übertragung* der politischen Macht an die Nationalsozialisten. An diesem Tag ernannte der Reichspräsident von Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler zum Reichskanzler. Dieses Datum markiert den Beginn einer mehr als 12-jährigen Schreckensherrschaft in Deutschland und großen Teilen Europas.

Die Kanzlerschaft Hitlers und die Ausübung der politischen Gewalt durch die NSDAP war keineswegs Ergebnis demokratischer Willensbildung im Deutschen Reich, sondern dem ökonomischen und politischen Kalkül einer Gruppe rechtskonservativer Entscheidungsträger entsprungen. Diese verbanden mit Hitler und seinen Parteigenossen vor allem die Hoffnung auf Zerschlagung der ihnen bedrohlich erscheinenden Linken. Bei den letzten unter demokratischen Voraussetzungen durchgeführten Reichstagswahlen im November 1932 hatte die NSDAP erstmals seit Jahren Wählerstimmen verloren - mehr als 4 Prozent - so dass eine demokratisch legitimierte NS-Herrschaft wieder in weite Ferne gerückt war.

Die Lage vor Ort

Wie überall in Deutschland hatte auch in den ehemaligen Landgemeinden, die heute die Stadt Sprockhövel bilden, die politische Radikalisierung zugenommen. Immer weniger Menschen trauten den Vertretern der parlamentarischen Demokratie die Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu. Arbeitslosigkeit, Not und Perspektivlosigkeit ließ viele Menschen verzweifeln und machte sie gewaltbereit.

Bei den Wahlen zum Reichstag im November 1932 erreichte die NSDAP 33,1 % der Stimmen im Amt Haßlinghausen (Gemeinden Haßlinghausen, Hiddinghausen I, Gennebreck und Linderhausen) und 33,7 % im Amt Sprockhövel. In Haßlinghausen wurden die KPD mit 28,9 % und die SPD mit 23,8 % gewählt. In Sprockhövel (Gemeinden Nieder- und Obersprockhövel und Hiddinghausen II) wählten 43,2 % SPD und 9,2 % KPD. Eine nennenswerte bürgerliche Kraft zwischen den Arbeiterparteien und den Nationalsozialisten gab es nun nicht mehr.

Im Raum Sprockhövel traf der Beginn der Kanzlerschaft Hitlers auf eine politische Landschaft, die mehrheitlich von den Arbeiterparteien SPD und KPD dominiert war. Nur in den Räten der kleinen, gewerblich-bäuerlich geprägten Gemeinden Gennebreck, Hiddinghausen I und Hiddinghausen II hatten seit der Kommunalwahl 1929 Vertreter bürgerlicher Gruppierungen die Mehrheit.

Die Sprockhöveler NSDAP, die in Verbindung mit der starken NSDAP Hattingen gegründet worden war, galt schon vor der Machtübernahme mit 90 Mitgliedern als relativ groß. Von Sprockhövel aus wurden ab 1929 die Ortsgruppen Haßlinghausen und Herzkamp ins Leben gerufen.

Parallel zu dem gespenstischen Fackelzug, der am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch das abendliche Berlin zog, markierten überall in Deutschland die Nazis ihr Revier. In der Sprockhöveler Zeitung, die auch gleichzeitig die Haßlinghauser Zeitung war, erschienen in den ersten Tagen danach noch relativ neutrale Berichte über diese Kundgebungen und Ausschreitungen in der Umgebung. Durch die Radio-Übertragung von der Kanzlerschaft Hitlers informiert, zogen Hitler-Anhänger in der NSDAP-Hochburg Hattingen schon am Abend des 30. Januar triumphierend durch die Stadt. Nicht nur SA und SS-Uniformen waren vertreten, auch Männer des „Stahlhelm“, einer paramilitärischen Organisation der konservativen Deutschnationalen, schlossen sich den Märschen an. Einen Tag später marschierten 3500 Nazis durch Barmen und Elberfeld, was zu Tumulten und einer Schießerei führte.

Auch die Nazi-Gegner formierten sich öffentlich: Laut Sprockhövel-Haßlinghauser Zeitung zog am 31. Januar ein Demonstrationzug von KPD-Anhängern jeweils durch Schwelm und durch Haßlinghausen. „Unter Absingen von Kampfliedern und mit Sprechchören bewegte sich der Zug in Richtung Haßlinghausen-Kirche. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.“ Am 2. Februar kam es in Wuppertal wieder zu Zusammenstößen, wobei ein Kommunist erheblich verletzt wurde. In Sprockhövel wurde am 3. Februar ein Nazi-Aufmarsch von einem „Unterhaltungsabend“ im Saal Börger gekrönt. Hauptredner war der Hattinger SA-Führer Wilhelm Schepmann, die musikalische Begleitung leistete die Kapelle der Essener SA. Von Samstag, dem 4. Februar, wurden aus Milspe schwere Zusammenstöße gemeldet, später aus Witten und noch einmal aus Schwelm.

Aufbegehren oder abwarten?

Diejenigen, die Arbeit hatten, scherten sich kaum um den Aufruf der Kommunistischen Partei zum Generalstreik vom 31. Januar. Die Sozialdemokraten warnten vor „wilden Aktionen“ und vor Panikmache und glaubten, dass auch diese Regierung, wie so viele vor ihnen, bald abgewirtschaftet haben würde. Sie beschränkten sich auf die Mittel des Rechtsstaates, den es schon nicht mehr gab und hofften, dass die konservativen Kräfte, die Hitler „engagiert“ hatten - so deren Wortführer Franz von Papen - ihn und seine Kumpane bald wieder an die Kette legen würden. Vergeblich: Am 1. Februar erließ Reichspräsident von Hindenburg erneut eine Notverordnung und löste den Reichstag auf. Die Neuwahlen wurden auf den 5. März festgesetzt.

Schon in den Monaten vor der Installierung der NS-Herrschaft war mittels „Notverordnungen“ des Reichspräsidenten die parlamentarische Demokratie entwertet und die Macht im Staat, auch im Land Preußen, auf rechtskonservative Kräfte übergegangen. Nun fielen die letzten demokratischen Bastionen. Zügig und gewaltsam begannen die Nationalsozialisten und ihre konservativen Koalitionspartner, den Staatsapparat in ein diktatorisches Terrorsystem umzuwandeln, das auch in die kleinsten kommunalen Verzweigungen vordringen sollte. Die kommissarische Ernennung Hermann Görings zum preußischen Innenminister versprach ein brutales und rücksichtsloses Vorgehen gegen all jene, die sich offen in Wort, Schrift und Demonstrationen gegen das neue Regime stellten.

In den ersten Tagen des Februars berichtete die Sprockhövel-Haßlinghauser Zeitung offenbar noch objektiv. So wurde häufig erwähnt, dass die Gewalttätigkeiten auf den Demonstrationen dieser Tage von der SA ausgingen. Am 4. Februar erfolgte eine - von langer Hand vorbereitete - Notverordnung „zum Schutz des deutschen Volkes“, die die wichtigsten Grundrechte außer Kraft setzte. Opposition gegen die neue Regierung wurde nun als Gefährdung „lebenswichtiger Interessen des Staates“ erklärt. Damit hatte auch jeder Journalist eine Strafanzeige und Schlimmeres zu befürchten, falls er auch nur ansatzweise kritisch über die Maßnahmen der Regierung und der Nazis berichtete.

Die organisierte Vernichtung der Opposition beginnt

Allein im Land Preußen, zu dem das heutige NRW überwiegend gehörte, wurden ab Februar 1933 etwa 50 000 Mann aus den Schlägerkolonnen von SA, SS und Stahlhelm als Hilfspolizei eingesetzt, um mit ungehindertem Schusswaffeneinsatz gegen „zunehmende Ausschreitungen“, wie es in der NS-Propaganda hieß, der Nazi-Gegner vorzugehen. Belangt werden konnten sie nicht, denn die Polizeibehörden im Land Preußen waren mit Erlass vom 17. Februar 1933 angewiesen worden, zu den Nazi-Schlägertruppen SA und SS und zum „Stahlhelm“, einer deutschnationalen paramilitärischen Organisation, „das beste Einvernehmen herzustellen.“

Der Reichstagsbrand am Abend des 27. Februar war für die Nazis ein willkommener Anlass, ein für alle Mal mit ihren Hauptgegnern, den Kommunisten abzurechnen. In der von der Sprockhöveler Zeitung gedruckten NS-Propaganda hieß es, dass auch im Ennepe-Ruhr-Kreis rasch „polizeiliche Maßnahmen ... gegen Unruhen“ ergriffen wurden. „Man bemüht sich“, so hieß es am 2. März 1933, „an zuständiger Stelle um einen Polizeioffizier, der die Ausbildung der Polizeibeamten leiten soll.“ Das heißt, hier tobte sich eine Horde fanatisierter Schläger hemmungslos und ohne Strafe befürchten zu müssen an seinen Gegnern aus. Darauf hatten sie lange gewartet. NSDAP-Mitglieder, SA-, SS-, und Stahlhelm-Angehörige wurden bewaffnet, mit Armbinden versehen und auf bekannte Nazi-Gegner losgelassen. Im Klartext hieß das, dass sie die ortsbekanntesten Gegner des neuen Regimes misshandelten, verhafteten, schikanierten und einschüchterten, um den Widerstand gegen die nationalsozialistische Regierung zu brechen.

Kommunisten und Sozialdemokraten betroffen

Die Leiter aller KPD-Ortsgruppen, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden ab dem 28. Februar festgenommen. Das waren in Sprockhövel der Hauer Hugo Marx, Leiter der KPD-Ortsgruppe Sprockhövel, der Schlosser Walter Haumann aus Landringhausen und der Polier Josef Domjahn aus Schee, die letzten beiden waren auch Gewerkschafter. Domjahn, der in Schwelm einsaß, wurde Ende Juli wieder entlassen; Haumann jedoch kam erst zu Weihnachten aus dem KZ Neusustrum (Emsland) nach Hause zurück. Marx wurde am 1. April 1933 aus dem Essener Gefängnis entlassen.

Die Sprockhöveler Zeitung berichtete am 2. März 1933:

„In Sprockhövel wurden vorgestern abend zwei Kommunisten in Schutzhaft genommen. In Haßlinghausen hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden, als Landjäger einen Kommunisten und eine Kommunistin ins Amtshaus zum Verhör geleiteten. Es wurden noch verschiedene andere Kommunisten zum Amtshaus gebracht, die zum großen Teil wieder freigelassen worden sind. Ei-

im Kreistag unter 36 Mitgliedern nur zwei demokratisch gewählte NSDAP-Vertreter, im Kreisausschuss nicht ein einziger.

Auch die Amtsbürgermeister in Sprockhövel und Haßlinghausen als Vertreter der demokratischen Kommunalverwaltungen wurden auf Tauglichkeit für den NS-Staat geprüft. Der Sprockhöveler Amtmann Eugen Theis, seit 1912 im Dienst, durfte bleiben. Dafür leistete er wie vorgeschrieben 1933 den Eid auf den Führer und den nationalsozialistischen Staat. 1935 ließ er sich mit 56 Jahren pensionieren.

Der bürgerlich-liberale Haßlinghauser Amtmann Wilhelm Hümme wurde durch eine Schmutzkampagne der örtlichen Nazis aus dem Amt geekelt. Durch seine Versetzung nach Westhofen im damaligen Kreis Iserlohn zum 1. Oktober 1933 konnte er jedoch seine Amtsbürgermeister-Stellung erhalten. Sein Nachfolger in Haßlinghausen war der Nationalsozialist Arthur Dippe aus Gennebreck. Dippe, schon lange von rechtsradikaler Gesinnung, hatte sich nach Kriegsausbruch 1914 als 18-Jähriger gleich als Freiwilliger gemeldet und war als Leutnant 1920 von der Reichswehr entlassen worden. Nach langer Arbeitslosigkeit wurde er erst 1931 als kaufmännischer Angestellter bei der Stadt Wuppertal eingestellt, eine Stellung, die er am 10. April 1933 gerne für den lukrativen Amtsbürgermeister-Posten in Haßlinghausen aufgab. Dippe übernahm auch die NSDAP-Ortsgruppenleitung in Haßlinghausen.

Wahlergebnisse ohne Belang

Selbst unter diesen repressiven Voraussetzungen konnte bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 die NSDAP im Reich wider Erwarten nicht die absolute Mehrheit erringen. Nur mit Hilfe ihrer deutsch-nationalen Geburtshelfer konnten sich Hitler und seine Parteigenossen nun im Reichstag durchsetzen. Aber das Parlament spielte jetzt ohnehin keine Rolle mehr. Im Amt Sprockhövel blieb die SPD mit 41,7 % die stärkste Partei (NSDAP 38,9%). Im Amt Haßlinghausen wurde die NSDAP mit 43,8 % zwar stärkste Partei; mehr Wählerinnen und Wähler unterstützten jedoch nach wie vor eine der beiden Arbeiterparteien SPD (23,2%) und KDP (21,5%).

Dass das Wahlergebnis für die Machtverhältnisse nicht einmal kosmetische Bedeutung hatte, zeigte sich rasch. Am 7. März 1933 wurden an zahlreichen öffentlichen Gebäuden des Ennepe-Ruhr-Kreises, darunter auch an den Verwaltungsgebäuden und Schulen in Sprockhövel und Haßlinghausen, die Hakenkreuzflaggen gehisst: Ein deutliches Signal an die Wählerinnen und Wähler für die Kommunalwahl am 12. März. Dieses Wahlergebnis war nahezu eine Trotzreaktion gegen die brutale Okkupation der politischen Macht durch die Nazis. Im Amt Haßlinghausen verlor die NSDAP fast 5 % gegenüber der Reichstagswahl und in Sprockhövel erlangte nicht einmal das Wahlbündnis NSDAP/ Bürgerliche die Mehrheit; es bekam nur 45,5%. Obwohl die Nazis in keiner Gemeinde die Mehrheit der Stimmen erhielten, waren innerhalb kürzester Zeit alle Gemeindevertretungen und Verwaltungen im Gebiet der heutigen Stadt Sprockhövel fest in der Hand der Hitler-Anhänger. Die Nazi-Gegner, die nicht im Gefängnis saßen, waren eingeschüchtert und resigniert und zogen sich angesichts der großmäuligen und bedrohlichen Auftritte der zumeist uniformierten neuen Herren zurück.

In der Gemeinde **Niedersprockhövel** hatten die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der (katholischen) Christlichen Gemeinschaft zur Kommunalwahl im März 1933 mit der NSDAP ein Wahlbündnis geschlossen, die „Christlich-Nationale Liste“. Diese erreichte in Niedersprockhövel 45,4 % der Stimmen und erleichterte der NSDAP die Machtübernahme im Gemeinderat. Zum Vorsteher wurde der Kaufmann Fritz Muthmann (NSDAP) mit 6 gegen 5 Stimmen gewählt. Gegenkandidat war der vorige Gemeindevorsteher Lagerhalter Heinrich Brüninghoff (SPD), der an der Wahl selbst

nicht teilnahm. Zur Gemeinderatssitzung am 19. Mai waren die NSDAP-Vertreter in (SA-)Uniform und die sozialdemokratischen Vertreter überhaupt nicht mehr erschienen, „weil die Gründe, unter denen ihre Wahl erfolgte, nicht mehr bestehen“, wie die Sprockhövel-Haßlinghauser Zeitung am 20. Mai berichtete. Unter ihnen war der Dreher Heinrich Kemp, der nach dem Krieg für lange Jahre Gemeindebürgermeister in Niedersprockhövel werden sollte.

Beispiel **Gennebreck**: Nach der Kommunalwahl am 12. März plädierten die Vertreter der „Bürgerlichen Einheitsliste“, Breuckelchen und Bünger, für die Wiederwahl des vorherigen Gemeindevorstehers Johann Peter Graf. Immer wieder fiel der NSDAP-Vertreter Ewald Schmitz den „bürgerlichen“ Gemeindevertretern ins Wort und schlug seinen Parteifreund Werner Hegemann vor, der schließlich mit fünf Stimmen bei drei Enthaltungen gewählt wurde. Auch die eingeschüchterten Vertreter Breuckelchen und Bünger hatten die Stimmabgabe für Graf nicht mehr gewagt. Die Sprockhövel-Haßlinghauser Zeitung dokumentierte in ihrem Bericht eine auch für andere Gemeindevertretungen sicherlich ganz typische Szene dieser Tage:

„Als Vertr[eter] Bünger noch einmal das Wort ergreifen will, um den alten bisherigen Mitgliedern der Vertretung den Dank auszusprechen, wird er von Vertr[eter] Schmitz unterbrochen, der sich jede weitere ‚Quasselei‘ verbittet und Schluß der Sitzung fordert. Die Sitzung wird darauf geschlossen.“
(Sprockhövel-Haßlinghauser Zeitung, 4. April 1933.

Wie in Niedersprockhövel waren auch in der Gemeinde **Hiddinghausen I** die nationalsozialistischen Kandidaten mit den anderen bürgerlichen Vertretern ein Wahlbündnis eingegangen. So ließ sich der bürgerliche Block und damit das konservative Bürgertum fast problemlos von den Nazis „aufsaugen“. Diese Zusammenarbeit erleichterte den Nationalsozialisten die Machtübernahme ganz erheblich und ohne störende „Quasselei“ wie in Gennebreck.

In Hiddinghausen I erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 80 % die Arbeiterpartei (SPD) 124 Stimmen, die KPD 47 und die Nationale Einheitsliste Wahlbündnis (NSDAP und Deutschnationale) 204 Stimmen. In der Gemeindevertretung standen nun vier Vertreter der „Nationalen Einheitsliste“ zwei Vertretern der Arbeiterpartei gegenüber. Die KPD war seit Ende Februar verboten; ihren gewählten Vertretern wurde das Mandat aberkannt. Den beiden Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei blieb auch nur noch eine Galgenfrist. Im Juni 1933 bescheinigten ihnen ihre vier „Kollegen“ der Nationalen Einheitsliste, dass „ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich ist“ und sie hätten sich „jeder Betätigung und Stimme zu enthalten.“ August Leveringhaus, Vertreter der Arbeiterpartei, hatte bereits im April 1933 „freiwillig“ sein Amt als Gemeindevertreter niedergelegt. Sein Sohn August Leveringhaus jun. (1910-1983) sollte in den folgenden Jahren zu den aktivsten Widerstandskämpfern im Amt Haßlinghausen gehören. Der Nachfolger von Leveringhaus sen., Gemeindevertreter Emil Gerhardt und sein Parteifreund Johann Wiegershaus fungierten noch als demokratisches Feigenblatt, bis ihnen im Juli 1933 ihre Mandate aberkannt wurden. Nun waren diejenigen unter sich, die geschworen hatten, „dem Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam [zu] sein.“ Auch der bisherige und kommissarische Gemeindevorsteher Fritz Westermann wollte den neuen Herren nicht dienen: Er trat im Mai 1933 zurück. Sein Nachfolger im Amt des Vorstehers, oder wie es nun hieß, „Gemeindeschulzen“ war der Brennereibesitzer Kurt Söhngen, Organisationsleiter der NSDAP-Ortsgruppe Hiddinghausen. Söhngen war auch ehrenamtlicher Beigeordneter des Amtes Haßlinghausen und führte die

Amtsgeschäfte des Bürgermeisters Dippe, der nach Kriegsbeginn eingezogen wurde und an der Front offenbar brauchbarer war als in seinem Amtssessel.

Auch in **Obersprockhövel** hielten die vier sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat, allesamt Bergleute, zunächst aus. Immerhin stellten sie die Mehrheit der sieben Gemeindevertreter. Im Juli 1933 wurden auch sie zum Rücktritt gezwungen. Gemeindevorsteher war hier bis Kriegsende der Landwirt Fritz Hellhammer.

Der Widerstand scheint gebrochen

Die unerbittliche Verfolgung und Einschüchterung der Nazigegner sollte nun bis zum bitteren Ende des Terror-Regimes weitergehen. Am 28. Mai 1933 saßen allein im Rhein-Ruhr-Gebiet fast 4900 Personen überwiegend in „Schutzhaft“, davon über 4700 Kommunisten, die den höchsten Blutzoll im Widerstand gegen die NS-Diktatur entrichteten. Im Land Preußen wurden im März/April insgesamt etwa 25 000 Nazi-Gegner eingesperrt.

Um ihre Herrschaft abzusichern und jeglichen Widerstand zu beseitigen, mussten die Nazis nun auch alle anderen Bereiche der Gesellschaft durchdringen und unterwerfen. Begleitet von Terror und einer gigantischen Propaganda wurden alle Organisationen zerschlagen, die sich nicht als willfährige Unterstützer des NS-Staates eigneten. Auch die Kirchen arrangierten sich mit den neuen Herren.

Arbeitervereine, wie in Sprockhövel der Sportclub Obersprockhövel, der Sportclub Viktoria, die Freien Turnerschaften und andere Arbeitersportvereine, die Naturfreunde, der Männergesangverein Vorwärts Glückauf Sprockhövel und die Sängervereinigung Haßlinghausen wurden aufgelöst und ihr Vermögen und Eigentum beschlagnahmt oder zerstört. Bis auf sehr wenige Ausnahmen passten sich die Lehrer mehr oder weniger freiwillig den neuen Verhältnissen an. Andere Verbände, wie Bauverein und Feuerwehr, die bürgerlichen Turn- und Sportvereine sowie die Presse wurden „gleichgeschaltet“: Linientreue Nationalsozialisten besetzten hier die Führungspositionen, wenn die alten Vorstände sich der neuen Politik nicht unterordnen wollten. Satzungen und Zielrichtungen wurden entsprechend geändert.

In Sprockhövel waren nun alle Gegner des Regimes mundtot gemacht und der Widerstand gebrochen. In ganz Sprockhövel? Nein: Im Amt Haßlinghausen gelang es bis 1935 einer kleinen Gruppe überwiegend kommunistisch orientierter Frauen und Männer, Zeitungen zu drucken und zu verteilen, die zum Widerstand gegen das Hitler-Regime aufriefen. Aber darüber soll ein anderes Mal berichtet werden.

Eine Sprockhöveler Bilanz der Verfolgung:

Sie bezahlten als Verfolgte des NS-Terror-Regimes mit ihrem Leben:

- August Höhmann, 1891 in Hiddinghausen II geboren, wurde 1940 in der „Euthanasie“-Tötungsanstalt Grafeneck ermordet,
- Die aus Niedersprockhövel stammenden Jüdinnen Herta Sander und Emmy Stempel wurden deportiert und kamen in Stutthof (bei Danzig) und im weißrussischen Minsk ums Leben.
- Der ehemalige Haßlinghauser Gemeindevorsteher Wilhelm Kraft wurde Anfang 1945 nach Auflösung des KZ Sachsenhausen auf einem „Todesmarsch“ von Bewachern erschossen.

Nach 1945 stellten 92 Geschädigte aus Sprockhövel Anträge auf Wiedergutmachung als politisch, religiös oder rassistisch Verfolgte. Es waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, Bibelforscher und Zwangssterilisierte. Die seelischen und körperlichen Schäden, die die überlebenden Verfolgten erlitten hatten, belasteten sie zumeist ihr Leben lang. „Wiedergutmachen“ konnte man dieses Unrecht nie.

Quellen und Literatur:

- **Sprockhöveler Zeitung / Haßlinghauser Zeitung**, 31. Januar bis 20. Mai 1933
- **Gevelsberger Zeitung**, 18./19. März 1933
- **Stadtarchiv Sprockhövel**, Akten der Gemeindevertretungen Gennebreck, Niedersprockhövel, Obersprockhövel, Hiddinghausen II und Hiddinghausen I, Geburten-Erstbuch Standesamt Sprockhövel 1891, Sammlung Zeitzeugen (Wilhelm Hillmann, 1996), Sammlung Familien (Familie Röttgen), Sammlung Persönlichkeiten der Zeitgeschichte (August Lemuth), Personalakte Arthur Dippe
- **Landesarchiv NW/Staatsarchiv Münster** (Anträge auf Wiedergutmachung)
- **Dokumentationszentrum und Gedenkstätte Grafeneck**

Friedrich Alfred **Beck**, Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938

Martin **Broszat**, Der Staat Hitlers, München 1969

Hannelore **Kerres** (Bearb.), Zusammenstellung von Berichten aus der Sprockhöveler Zeitung 1933-1939 (um 1985)

Manfred **Krüger-Charlé**: 1888-1988, 100 Jahre Leistung für Land und Leute (Festschrift der Stadtparkasse Sprockhövel 1988)

Detlev **Peukert**, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Frankfurt 1976

„**Stattplan**“ **Sprockhövel im Nationalsozialismus 1933-1945**, hrsg. vom AK Antifaschismus Ennepe-Ruhr und VVN in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Sprockhövel, Sprockhövel 2002

Bernd Jürgen **Wendt**, Deutschland 1933-1945. Das Dritte Reich, Hannover 1995

Bildunterschriften:

1. Ihnen gehörte nun die Straße: Die Niedersprockhöveler SA-Männer Carl Kannegießer (Mitte) und seine Söhne Herbert (links) und Heinz. (Sammlung Hans-Dieter Pöppe)
2. Fritz Westermann (1875-1960) Der Landwirt und Brennereibesitzer war der letzte demokratisch gewählte Gemeindevorsteher von Hiddinghausen I vor dem NS-Regime. Im Mai 1933 trat er zurück. (Repro: Rainer Kohlrusch)
3. Herta Sander geb. Röttgen (1897-1944/45) mit ihrem Sohn Helmut. Sie starb nach drei qualvollen Lagerjahren in im KZ Stutthof. (Stadtarchiv Sprockhövel)
4. Wilhelm Kraft (1884-1945), vor der NS-Herrschaft letzter demokratisch gewählter Gemeindevorsteher von Haßlinghausen. Er wurde 1944 als NS-Gegner verhaftet und Anfang 1945 ermordet. (Stadtarchiv Sprockhövel)

Karin Hockamp, Stadtarchiv Sprockhövel 2008, überarbeitet und ergänzt im Januar 2013